

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: F 7, Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 40460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 9R A

BERLIN • Mittwoch, den 27. April 1932

I JAHRGANG

# Krieg Japan – Rußland „unvermeidbar“.

## Japan vor „schwerwiegenden Entschlüssen“. — Losowski hält den Krieg für unvermeidlich.

In einer Unterredung mit der Vertreterin einer französischen Zeitung hat der japanische Kriegsminister ARAKI erklärt, daß die Zustände in der Mandschurei immer ernster würden und Japan sehr bald vor schwerwiegenden Entschlüssen stehen würde. Die japanischen Militärbehörden warteten im Augenblick noch ab.

Diese Drohung soll Losowski, den Vorsitzenden der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale, zu der Erklärung veranlaßt haben, daß er den Krieg im Osten für unvermeidbar halte.

Die Sowjetregierung hat bei der Regierung PUJI die sofortige Haftentlassung der russischen Beamten der chinesischen Ostbahn, deren Zahl auf 56 gestiegen ist, verlangt.

Der chinesische Sekretär des ehemaligen Außenministers Ku, der die Völkerbundskommission in der Mandschurei begleiten sollte, ist nach seiner Verhaftung unter der Bedingung, daß er den mandschurischen Boden verlasse. Die Vermittlung Japans zur Beilegung des Konflikts ist, wie aus Tokio gemeldet wird, gescheitert. Die japanische Regierung hat den Vorsitzenden der Völkerbundskommission wissen lassen, daß

das japanische Generalkommando sich außerstande sehe, den Schutz der Kommission in der Mandschurei zu übernehmen.

Wie über Moskau gemeldet wird, soll die Kommission beschlossen haben, ohne die chinesischen Begleiter am Dienstagabend ins Innere der Mandschurei zu reisen.

Da der Aufenthalt der Vertreter des Völkerbundes ohne alle Bedeutung für die Entwicklung der ostasiatischen Verhältnisse ist, sondern nur dazu dient, das Ansehen des Völkerbundes und der Regierungen, die in diesem Ausschuss vertreten sind, herabzusetzen, sind auch die einzelnen Meldungen über die Schwierigkeiten, denen die Kommission auf dem ihr völlig fremden Boden der Mandschurei begegnen wird, von keiner Bedeutung. Dafür gebührt die volle Aufmerksamkeit den Provokationen der Japaner gegen die mandschurischen Russen und damit gegen die sowjetrussische Regierung. Ein verhaltenes Schweigen in der gesamten bürgerlichen Presse ist deutlich zu spüren. Auch Genf schweigt, die gehorsame Antwort auf die erneute Erklärung des japanischen Vertreters, seine Regierung werde sich nicht in die Politik, die sie in Ostasien verfolge, hineinreden lassen, eher werde sie aus dem Völkerbund austreten.

In welcher Weise Japan mit der europäischen Meinung umspringt, beweist eine Meldung des Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“:

„Es verlautet, der japanischen Delegation sei die Antwort ihrer Regierung auf den Beschluß der 19er-

### Preußenkabinetts bleibt.

Das preußische Kabinetts hat am Dienstag vormittag unter Vorsitz des Ministerpräsidenten BRAUN getagt. Es wurde beschlossen, den Landtag zum 24. Mai einzuberufen. Die Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie bis dahin nicht zurückzutreten gedächte.

Das Amtsgericht Köln hat am Montag, wegen des Ueberfalls auf WELS gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. LEY und den Nationalsozialisten FUCHS Haftbefehl erlassen. Die übrigen vier festgenommenen Nationalsozialisten wurden auf freien Fuß gesetzt.

Dänemark steht vor einem Exportkonflikt, hervorgerufen durch Lohnstreitigkeiten zwischen den Schlächtereien und den Schlächtergesellen. Am Freitag werden 4000 Schlächter ausgesperrt werden.

Kommission (danach soll bekanntlich die diplomatisch-militärische Kommission in Schanghai evtl. mit Stimmenmehrheit den Zeitpunkt für die Zurückziehung der japanischen Truppen bestimmen) inzwischen zugegangen. Diese Antwort lautet aber dorart ablehnend, daß die Delegation noch einmal in Tokio angefragt habe.“

Die Offensive der Rechtsbrecher behauptet das Feld; die Großmächte weichen zurück; auch die Kuomintang, die noch vor kurzem bombastisch erklärte, sie werde die Mandschurei zurückerobern, läßt nur Denkschriften in Genf überreichen; ihre Rüstungen verwertet sie gegen die Bauernheere, die vor Amoy stehen. Die Kämpfe zwischen diesem Heer und den Truppen der Nanking-Regierung sind in vollem Gange.

### AUS DEM INHALT:

Die Krise in Japan.  
Das Echo der deutschen Wahlen.  
Ferien in Genf.  
Napoleon über Wahlpropaganda.  
Gefälschte Briefe.  
Praktische Hilfe für die Jugend?  
Zuviel Kaffee, zuviel Zucker,  
zuviel Kautschuk.

## Was wird in Preußen?

Von Fritz GROB.

### Der Zentrumsturm in der Arbeiterschaft.

Nächst dem Ergebnis der Wahlen am Sonntag, daß die Nationalsozialisten mit 35,7 Prozent in den Landtag einziehen und alle übrigen bürgerlichen Parteien so gut wie aufgerieben sind, steht der Zentrumsturm da, gleichsam wie ein Fels im Meer, umbrant von den Wogen des „Nationalsozialismus“. Das Zentrum hat den Anteil seiner Stimmen am Gesamtergebnis von 14,8 auf 15,1 Prozent zu erhöhen vermocht, während die „revolutionäre“ Partei der Arbeiterschaft, die KP, einen Verlust von 2,3 Prozent erlitten hat. Von 14,8 Prozent bei der Reichstagswahl 1930 ist ihr Stimmenanteil jetzt auf 12,5 Prozent gesunken. Und dies, obgleich die KP eine ausgesprochene Klassenpartei ist, während das Zentrum alle Schichten umfaßt, vom Schwerindustriellen bis zum Ruhrkumpel. Eine Weltanschauung, der Katholizismus, hält diese Partei zusammen und überbrückt die schärfsten Klassengegensätze. Wohl bemerkt, auf eine Weltanschauung ist diese Partei gegründet, nicht auf ein „Klasseninteresse“.

Wir wünschen sehr, daß alle Genossen diese Tatsache in ihr Bewußtsein aufnehmen und unverlierbar bewahren.

Wir heben dies so besonders hervor, weil es falsch ist, daß „die Arbeiterklasse keine Ideale zu verwirklichen“ hat, und weil die einzige wissenschaftliche Begründung des Sozialismus die ethische Begründung ist. Diese Begründung ist kein „Plunder von verstaubten Idealen“, sie ist nicht „höheres Blech“, wie FRIEDRICH ENGELS sagt, sondern: der Sozialismus ist ein Ideal; für ihn zu kämpfen ist Pflicht.

Weil es in der sozialistischen Arbeiterbewegung an dieser wohlbegründeten Ueberzeugung fehlt, weil diese Ueberzeugung nicht in dem Verständnis der Arbeiter ebenso tief begründet, wie in ihrem Gefühl fest verankert ist, deshalb steht sie nicht fest auf eigenem Grunde und läuft schließlich einem „Rattenfänger“ nach.

In der Arbeiterbewegung fehlt noch der Fels im Meer.

Wir arbeiten daran, ihn zu schaffen; nichts Geringeres ist die Aufgabe des ISK.

### Wie wird das Zentrum sich entscheiden?

Das Zentrum hat auch im neuen Landtag wieder, wie im Reichstag, die „Schlüsselstellung“ inne; ohne das Zentrum kann keine Regierung gebildet werden, weder nach rechts noch nach links. Wie wird das Zentrum sich entscheiden?

Bekannt ist bisher nur, daß es bereit ist, mit den Nationalsozialisten über die Regierungsbildung zu verhandeln: Das will zwar noch nicht viel besagen; aber es kann auch als sicher angenommen werden, daß das Zentrum nicht leichten Herzens einfach den Weg einer geschäftsführenden Regierung im größten deutschen Freistaat auf lange Zeit gehen wird. Das Zentrum ist eine bürgerliche Partei und nicht weniger national als die anderen bürgerlichen Parteien. Zudem wird es nicht leicht sein für das Zentrum, eine so starke Bewegung wie die der Nationalsozialisten, die sicher auch tief im preußischen Verwaltungsapparat verankert ist, vom Staatsapparat fernzuhalten. Denn das ist doch der Zweck der

Fernhaltung aus der Regierung. Das Zentrum muß aber damit rechnen, daß dieser Staatsapparat auch im Falle der Ausschaltung der Nationalsozialisten weiter unterwühlt wird. Man denke nur an die nazifreundliche Justiz. Daß ein mit allen Mitteln geführter energischer Kampf der geschäftsführenden Regierung etwa aussichtslos wäre, das zu behaupten, sind wir weit entfernt; aber daß das Zentrum zu einem solchen energischen Kampf bereit ist, das halten wir für sehr unwahrscheinlich. Ferner müßte zu einem solchen Kampf schließlich ein energisches Anpacken der wirtschaftlichen Probleme gehören, wobei das Zentrum wiederum auf den Widerstand der kapitalistischen Interessenten stoßen würde.

Eine solche Politik der Halbheit würde die NS weiter stark anwachsen lassen, was sich im öffentlichen Leben zeigen würde, z. B. in einer Politik neuer Volksentscheide der NS, etwa mit der Forderung der Reichstagsauflösung.

Die Ansicht, daß die Hitler-Bewegung, wenn sie nur recht lange ohne Erfolg hingehalten wird, verfallen wird oder zurückgehen wird, ist nicht ganz von der Hand zu weisen; aber kann das Zentrum darauf bauen? Bisher ist nur ein ständiger Aufstieg zu sehen, in Preußen sowohl wie in Bayern, wo Hitler angeblich sogar schon seinen Höhepunkt überschritten haben sollte.

Oder kann das Zentrum etwa darauf warten, daß sich die Wirtschaft wieder belebt und so den NS etwas das Wasser von der Mühle genommen wird?

Diese Fragen können von niemandem zuverlässig beantwortet werden.

Viel hängt bei der Beantwortung dieser Fragen auch von der Einschätzung der NS und HITLERS ab. Ist er schon bereit zu so viel ernsthafter Legalität, daß das Zentrum es wagen kann, ihn an den Staatsapparat heranzulassen? Braucht HITLER für seine Anhänger bald irgendeinen Erfolg, etwa wie die Regierungsbeteiligung in Preußen? Kann und wird HITLER auf eine Regierungsbeteiligung in Preußen eingehen, ohne das Polizeiministerium, das Innenministerium? Wir glauben das alles nicht!

Aber nehmen wir an, das Zentrum läßt HITLER oder besser seine Kumpane in Preußen an die Regierung, an die Verantwortung, damit er sich bei „seinem Volk“ blamiere — mit der Absicht, vom Reiche aus mit der ganzen Macht der Reichsregierung dieser Preußenregierung ein Gegengewicht zu bieten. Es ist klar, daß HITLER aus dieser Position auf verfassungsmäßigem Wege kaum wieder zu vertreiben wäre, auch wenn die Reichswehr fest in der Hand der Reichsregierung wäre, was sie mit Bestimmtheit gegen ein Hitler-Preußen nicht wäre. Der entscheidende Grund dafür ist, daß sich eine Nazi-Preußen-Regierung auf starke außerparlamentarische Kräfte der 35,7 Prozent ihrer Wählerschaft stützen würde. Ohne Bürgerkrieg wäre HITLER aus Preußen nicht zu vertreiben.

Nehmen wir nun aber an, das Zentrum ist der Ansicht, daß es schon für die Erhaltung seiner Schlüsselstellung wichtig ist, HITLER lieber jetzt in die Verantwortung zu lassen als später, wo es vielleicht weniger oder gar nicht mehr diese Stellung inne hat.

Der Weg aber, die NS langsam, erst nach und nach an die Macht zu lassen, um den Ernst ihrer Legalität erneut zu prüfen, dieser Weg scheitert im Grunde daran, daß HITLER Bedingungen stellen wird, daß er mit Positionen, die ihm nur Verantwortung und wenig Macht bringen, nicht einverstanden sein wird.

Wir vermögen bis jetzt auch daraus, daß das Verbot der SA und SS so reibungslos vor sich gegangen ist, noch nicht zu schließen, daß die HITLER-Bewegung bereits in das Stadium des „Reformismus“ eingetreten ist und damit leicht weiter zu händigen sein wird. Was dem Bürgertum und insbesondere dem Zentrum mit der Sozialdemokratie gelungen ist seit 1914, braucht ihm keineswegs auch mit den NS zu gelingen, wenn gleich es nicht ausgeschlossen ist.

So bleibt nun schließlich dem Zentrum noch der Weg, einen regelrechten politischen Pakt mit HITLER zu schließen und dabei die katholischen kulturpolitischen Forderungen, insbesondere die Schulforderungen durchzusetzen. Ausgeschlossen ist dies bei HITLER nicht, da er sich auf diese Weise sicher gern die staatspolitische Gerissenheit des Zentrums erkaufen würde.

Ob dem Zentrum ein solcher Handel zuzutrauen ist, da es auf diese Weise ja die Sozialdemokratie völlig im Stich lassen würde, die bis jetzt alle ihre eigenen Forderungen der Erhaltung des bürgerlichen Staates geopfert hat?

Es besteht kein Anlaß, dies dem Zentrum nicht zuzutrauen. Tatsächlich ist auch der „Vorwärts“ dieser Ansicht:

„Sollten die beiden Parteien (Zentrum und NS) miteinander einig werden, so müßte zum mindesten eine von ihnen ihr Wesen stark verändern. Das Produkt einer solchen Einigung könnte von der Sozialdemokratie nur mit dem allerhöchsten Mißtrauen betrachtet werden — denn was dabei heraus käme, könnte nur das allerreaktionärste Bürgerblockregiment sein, das Deutschland jemals erlebt hat.“

Wir sind hier mit dem „Vorwärts“ völlig einig; denn wenn die Reaktion der vereinigten NS und Hugonberger mit den Schwarzröcken vom Zentrum ihre Forderungen zusammentun, dann gibt das eine derartig kompakte, vor allen Dingen finstere Reaktion, daß uns heute noch die Farben fehlen, sie auszumalen. Die Arbeiterbewegung droht in Deutschland jedenfalls dann völlig zurückgeworfen zu werden.

#### Die Aufgaben innerhalb der Arbeiterschaft.

Alles hängt jetzt mehr denn je an der Schaffung der einheitlichen Abwehrfront der Arbeiterklasse. Was das Ergebnis der Preußenwahl für beide Arbeiterparteien gezeigt hat, ist deutlich: Die SP ist zusammengeschmolzen auf 20,9 Prozent der abgegebenen Stimmen, sie steht wieder einmal davor, der Mohr zu werden, der seine Schuldigkeit getan hat und nun gehen kann. Die KP wird ihre Theorie von der ansteigend revolutionären Situation nun fallen lassen müssen, und die ansteigende Reaktion zur Grundlage ihrer Taktik machen müssen, wenn sie noch Augen im Kopf hat. Denn nachdem sie nun weder einen Voranschritt in den Gewerkschaften, noch in den Betrieben, noch gar Lohnkämpfe auslöst, noch die RGO im Vormarsch ist, sondern alles dies und sogar die Wählerstimmen nur auf der einen Linie des Rückganges sich bewegen, sollte die Liquidierung ihres gegenwärtigen Kurses eigentlich nur noch eine Frage von einigen Wochen sein, bis die Mitglieder ihre wahre Stimmung der Parteileitung unterbreitet haben. Mit diesem Kurswechsel der KP würde eine wichtige Möglichkeit zur Sammlung innerhalb der Arbeiterklasse geschaffen. Hoffen wir, daß sie geschieht, ehe die Reaktion die Arbeiter zusammen treibt.

Freilich sind die bisherigen Äußerungen der KPD noch immer auf den alten Ton abgestimmt. Sie zählt zwar eine ganze Reihe von Umständen auf, die zu ihrer Niederlage geführt haben könnten; aber in Sperrdruck erwähnt sie, daß die Stimmen „durch eine ungenügende Verwirklichung der Beschlüsse unseres Zentralkomitees“ verloren wurden.

Und in einem großen Aufruf wendet sich die KPD zwar „An alle deutschen Arbeiter“, aber in der gleichen Weise, wie bisher beschimpft sie die Führer derselben Arbeiter, die sie für ihre „Einheitsfront“ werben will. Mag man über diese Führer denken, wie man will — sie verdienen gewiß schärfste Kritik — wenn man sie für gemeinsame Aktionen gewinnen will, muß man sie anders, nämlich sachlich behandeln.

Wann wird die KPD dies lernen?



## PORGY.

Ein Neger-Roman  
von du Boss Hayward.

(Deutsche Rechte: Th. Knaur,  
Nachfolger, Verlag: Berlin.)

(7. Fortsetzung.)

Zwei Frauen kamen durch die Eingangspforte. Porgy erkannte in ihnen Robbins Witwe und deren Schwester, die jetzt mit ihr das Zimmer teilte. Er hatte schon ungeduldig auf ihre Rückkehr gewartet, denn sie waren bereits früh am Nachmittag nach dem Gefängnis aufgebrochen, um Peter Bettzeug und Essen zu bringen.

„Wie habt ihr ihn gefunden, Schwestern?“ rief er ihnen schon von weitem zu.

Die jüngere Frau blieb im Schatten stehen, während die Witwe sich an Porgys Seite niederließ. Sie hatte ihre Trauer tapfer überwunden und war entschlossen an die Aufgabe gegangen, den Lebensunterhalt für ihre drei Kinder zu verdienen.

„Ich finde da nicht mehr durch!“ sagte sie nachdenklich nach einer Weile. „Den alten Mann, der nichts Unrechtes getan hat, sperren sie ein wie einen Hühnerdieb, — und jetzt sagen sie gar, sie wollen ihn dort behalten, bis der Nigger Crown gefaßt worden ist! . . . Gott mag wissen, wann sie den Teufel fangen!“

„Das kommt davon, daß der Alte, wie die meisten von uns, nicht weit genug hat sehen können!“ warf die jüngere Frau ein. „Porgy hat schlechte Beine — aber sein Verstand war besser!“

Nach einem Moment des Nachdenkens erwiderte Porgy: „Verstand ist gut — aber damit kann man keine Last heben!“

Ein großer Lastträger kam gerade mit panthergleichen, geschmeidigen Bewegungen quer über den Hof, jede Muskel seines mächtigen Körpers voll beherrschend.

In den Augen des Bettlers leuchtete etwas wie Sehnsucht auf.

„Verstand ist auch eine Kraft!“ sagte er. „Aber mit ihm kann man sich nicht den Bauch füllen, sich nicht vom Platze bewegen. Was soll ich tun, da ich nicht mehr auf die Straße hinauskomme, seit Peter fort ist?“

„Beten, Bruder, beten!“ erwiderte die Witwe voll Innbrunst. „Hast du nicht gesehen, daß Gott das Herz des Begräbnismannes gerührt hat, weil ich gebetet hatte Tag und Nacht? Gott kann auch einem Krüppel Beine geben!“

„Lobet den Herrn!“ rief die jüngere Frau begeistert.

„Und er tröstet die Witwe!“

„Oh — mein Jesus!“ fand Porgy leise zu singen an, wobei er den Oberkörper leicht hin- und herwiegte.

„Und er nähret die Waisen!“

„Ja, Herr!“

„Und er wird diesen armen Neger aus dem Staube erheben!“

„Hallelujah!“

„Und ihn setzen auf den Sitz der Gerechten!“

„Amen, — Schwester!“

Eine kurze Weile noch wiegten sich die drei Gestalten, die nur noch als tiefere Schatten in dem Dunkel ringsum erkennbar waren, bedächtig hin und her. Ohne ein Wort zu sagen, kroch Porgy dann über seine Schwelle und schloß ganz leise hinter sich die Tür . . .

Es war längst noch nicht Tag, als Porgy plötzlich erwachte. Mit weit aufgerissenen Augen starrte er ins Dunkel — auf seinem Gesicht malte sich Erregung . . .

Im matten Lichtechein, der von einer Straßenlaterne durch sein trübes Fenster hereinfiel, kroch er zum Herd und hob den lockeren Ziegel von seiner geheimen Schatzkammer. In fieberhafter Hast zählte er sein kleines Vermögen, indem er die Münzen in einer Reihe vor sich aufbaute. Mit größter Sorgfalt überzählte er sie noch einmal — dann teilte er sie

# Die Krise in Japan.

Von unserem Schanghai-Mitarbeiter.

Es ist sehr schwer, sich von der politischen Krise in Japan ein klares Bild zu machen. Sowie steht jedenfalls fest, daß die seit Dezember vorigen Jahres herrschende Partei (Seiyukai) unter inneren Gegensätzen leidet, und es ist vielleicht nicht zufällig, daß genau so wie in der Dezember-Krise es auch diesmal das Innenministerium ist, das den Anstoß zur Krise gibt. Damals brachte der Innenminister ADACHI das Minseito-Kabinett (Minseito ist der Name der zweiten japanischen Partei; beide — Seiyukai und Minseito — unterscheiden sich jedoch kaum hinsichtlich ihrer Grundsätze) zu Fall, diesmal (Mitte März) trat der Seiyukai-Innenminister, NAKAHASHI, zurück, weil er offenbar Meinungsverschiedenheiten mit dem Ministerpräsidenten INUKAI hatte. In Opposition gegen INUKAI steht auch der Vorsitzende des Exekutiv-Komitees der Seiyukai, KUHARA, der anscheinend der Führer der Opposition ist. Es ist unwahrscheinlich, daß der Streit zwischen INUKAI und KUHARA auf persönlichen Differenzen beruht. Man muß vielmehr annehmen, daß es sich hier um Gegensätze handelt, die die soziale Krise Japans betreffen.

Es gährt im Lande. Anfang Januar fand eine regelrechte Schlacht zwischen Pächtern und Pachtherren im Norden Japans statt, wobei sechs Personen getötet worden sind. Ende Januar gab es in Tokio Studentenunruhen. Etwa 1000 Studenten protestierten in einer Demonstration gegen die politische Bespitzelung der Universitäten (diese von der Regierung geübte Bespitzelung ist eine bekannte Tatsache). Am 20. März brach ein Streik der Tokioer Untergrundbahn-Angestellten aus; sie verlangten u. a. Weiterzahlung des vollen Gehalts an die jetzt zum Militärdienst eingezogenen Angestellten und Zusicherung ihrer Wiedereinstellung nach ihrer Rückkehr aus der Mandchurerei und China. Neben dem Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit erlebte Japan in den letzten Monaten ein Attentat auf den Kaiser und zwei aufsehenerregende politische Morde. Die Opfer waren der im Dezember zurückgetretene Minseito-Finanzminister, INOUE — ein gemäßigter und liberaler Politiker, und der Direktor des Riesen-Konzerns des MITSUI-Hauses, TAKUMA DAN, der wiederum der Seiyukai nahestand. Nach Angaben der Polizei handelt es sich um eine Verschwörung faschistischer Art, die sich die Ermordung einer Reihe von führenden Politikern und Wirtschaftlern vorgenommen hat, und der auch einige Kreise innerhalb der Armee angehören sollen. Andererseits wird berichtet (Reuter-Agentur aus Tokio, 17. März), daß „die Armee sich vielleicht veranlaßt sehen könnte, vorübergehend die Regierungsgewalt an sich zu nehmen, um der täglich an Umfang zunehmenden reaktionären Bewegung Herr zu werden.“

Auf Grund dieser Tatsachen ist wohl anzunehmen, daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungspartei Maßnahmen zur Begegnung der inneren Unruhen betreffen. Man kann jedoch vermuten, daß keine der verschiedenen Seiyukai-Gruppen ein Allheilmittel besitzt, und daß der Streit sich lediglich um eine größere oder geringere Anwendung des Polizeiknüppels gegen links und um ein größeres oder geringeres Nachgeben gegen rechts handelt. Die Frage ist daher nicht so sehr INUKAI gegen KUHARA, auch nicht: Seiyukai gegen Armee, sondern die gesamte politische und soziale Ordnung des heutigen Japan steht auf dem Spiel.

Um diese innere Krise (die vielleicht noch nicht gleich morgen zum Ausbruch kommt) zu verstehen, müßte man Japans wirtschaftliche und soziale Geschichte studieren. Man würde aus ihr ersehen, daß Japan die erstaunliche Leistung vollbracht hat, sich innerhalb von 60 Jahren aus einem „mittelalterlich-feudalen“ in einen kapitalistisch-imperialistischen Staat zu verwandeln. Wenn wir das eine „erstaunliche Leistung“ nennen, so soll damit nicht Bewunderung, sondern eher Verwunderung zum Ausdruck kommen. China hat in einer viel längeren Periode der Berührung mit dem Westen bedeutend weniger „Fortschritte“ gemacht. Sein Kapitalismus ruht noch immer zum größten Teil auf direktem Schutz der fremden Mächte und ist daher eine Art Anhängsel des westlichen Imperialismus, das verschwinden würde, sobald der westliche Imperialismus sich aus China zurückzöge. Der Grund für das so verschiedene Verhalten Japans und Chinas unter der Wirkung des westlichen Einflusses ist zum Teil sicherlich psychologischer Natur. Die Japaner sind geistig

primitiver als die Chinesen, welche eine lange geistige Kultur hinter sich haben und den skeptischen Intellekt eines erwachsenen Menschen besitzen. Sie, die Chinesen, sind geistig beweglich, kritisch und daher ohne viel Begeisterungsfähigkeit und selbstlose Hingabe an ein Ziel. Im Gegensatz hierzu sind die Japaner geistig eher unentwickelt, im allgemeinen leicht zu regieren und mit jener „Ueberzeugungstreue“ behaftet, die nicht Reife des Urteils, sondern Urteilslosigkeit voraussetzt. Diese Charakterisierung ist gewiß nur eine Verallgemeinerung und nicht ohne viele Ausnahmen! Man versteht aber, daß es den Japanern verhältnismäßig leicht fiel, sich vom Feudalismus auf Imperialismus umzustellen (während das geistig reifere und reichere chinesische Volk nicht von der Stelle kommt). Freilich ging die japanische Verwandlung nicht ohne tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Wirkungen vor sich, und man kann wohl sagen, daß die heutige Krise im Wesentlichen das Sich-Anmelden jener sozialen und wirtschaftlichen Dinge ist. Eine imperialistische Politik erfordert Geld. Und wenn die bäuerlichen Pächter eines feudalen Barons für dessen Bedürfnisse vielleicht noch aufkommen konnten, so fällt es ihnen schon schwerer, die militärischen Unternehmungen eines modernen Heeres zu bezahlen. Nicht nur das Heer, auch die Industrie drückt auf den Steuerzahler, denn die japanische Industrie wird weitgehend vom Staat (d. h. von den Steuerzahlern) subventioniert. Abgesehen von der direkten und sehr harten Ausbeutung durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit findet daher noch eine indirekte Ausbeutung auf dem Umwege über die Regierung statt.

Der japanische Staat hat militärisch und wirtschaftlich über seine Verhältnisse gelebt. Hinzu kommt, daß die allgemeine Wirtschaftskrise und insbesondere der Boykott in China die japanische Ausfuhr schwer getroffen haben. Die Ausfuhr nach China, das der zweitgrößte Abnehmer japanischer Produkte ist, fiel von 403 Millionen Yen im Jahre 1930 auf 285 Millionen 1931. Arbeitslosigkeit, Rückgang der inneren Kaufkraft und Zerstörung des kleinen Handwerker- und Händler-Geschäfts trafen ein. Wie schwer die Masse der Bevölkerung leidet, zeigt die Tatsache, daß die hauptsächlich aus Steuern sich zusammensetzenden Staatseinnahmen, verglichen mit 1927/28 für das Jahr 1932/33 auf nur 68 Prozent angesetzt werden. Gleichzeitig haben sich die militärischen Ausgaben auf ungefähr derselben Höhe gehalten. Das Budget für 1932/33 zeigt sogar eine Zunahme um 56 Millionen Yen, wobei die Posten für Heer und Marine zusammen zum mehr 30 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen.

Gegen die zunehmende Belastung reagiert die Bevölkerung durch Unzufriedenheit. Bekannt ist das rasche und in allen Klassen vorhandene Eindringen kommunistischer Ideen, der sog. „gefährlichen Gedanken“, gemäß der japanischen Bezeichnung. Die Kommunistische Partei Japans, die erst seit 10 Jahren besteht, ist freilich heute so gut wie aufgegeben nach einem heroischen Kampf gegen Polizei und Gerichte. Was heute sich außerhalb von Gefängnismauern befindet, ist nur ein kleiner Rest. Gefährlicher für den Staat scheint die faschistische Opposition zu sein, die sich nach wirtschaftlicher Besserung mit patriotischer Geistesverwirrung verbindet. Das letztere wird übrigens auch bewußt von den herrschenden Parteien gefördert, die alle Nachrichten über Japans Angriffe und Eroberungsfeldzüge in China unterdrücken und statt dessen Meldungen vom Neid und der Bosheit des Auslandes verbreiten, das Japan um die Früchte einer friedlichen Arbeit bringt. Die Agitation für Japans Austritt aus dem Völkerbund dient gerade diesem Zweck, nämlich der Ablenkung der Aufmerksamkeit von den eigentlich Schuldigen.

Wie die Verhältnisse sich weiter entwickeln, bleibt abzuwarten. Viel hängt sicherlich von den Vorgängen in China ab, davon, ob und wie der Kriegszustand ein Ende findet. Sollte die „Armee“, wie jenes Reuters Telegramm es meldet, die Regierungsgewalt an sich reißen, so wäre das eine Steigerung der Gefahr; denn ohne die Fähigkeit zu haben, die inneren Schwierigkeiten zu lösen, würde die Unmäßigkeit der Generalität nach bewährter Methode versuchen, internationale Konflikte herbeizuführen. Alexis Baranoff.

in kleine Häufchen, einen für die Kupferstücke, den zweiten für das Nickel und den dritten für die silbernen Zehn-Cent-Stücke.

Als er dann befriedigt die genaue Größe seines Reich-tums festgestellt, ließ die Spannung seiner Nerven nach. Er band das Geld in einen Lumpen ein, den er von seinem Bett-tuch abriß, schloß seine Hand fest um ihn, kletterte in sein Bett zurück und fiel sofort wieder in tiefen Schlaf.

Zwei Tage später fuhr Porgy in seinem eigenen Wagen durch den weiten Torbogen hinaus in das Märchenland der Abenteuer . . .

Ernst und gravitatisch saß er in einer großen, deckel-losen Kiste, deren Aufschrift in unbewußter Ironie die Vor-züge einer bekannten Toilettenseife verkündete. Unter der Kiste drehten sich knarrend zwei große, schiefe Räder. Vor ihr trottete an einer kühn improvisierten Deichsel ein ehr-würdiger Ziegenbock, dessen jugendliches Feuer längst der mürrischen Beharrlichkeit des Alters gewichen war. Mit einem wahrhaft barbarischen Gestank kämpfte er gegen den zarten Duft an, den die nette, brave Seifenkiste sich aus ihrem früheren Beruf herübergerettet.

Porgy, ebenso unempfindlich gegen das lächelnde Auf-sen, das sein Erscheinen erregte, wie gegen den Geruch — stete Gewohnung hatte ihn abgehärtet —, lenkte verwegen seine Kutsche in eine neue, ihm noch unbekanntere Gegend. Er fuhr durch eine Straße, deren hohe, helle Häuser zwischen weitgedehnten Gärten lagen, wo auf den Trottoiren viele elegante Damen auf und ab promenierten und auf den Fahr-dämmen in schimmernden Equipagen vorüberauszten.

Aber trotz dem Zauber des Sichvorwärtsbewegens, selbst im Triumph dieses ersten Morgens stiegen unbestimmte Zweifel und böse Ahnungen in ihm auf. Er hatte wohl bemerkt, daß er auch im Negerviertel Anlaß zu einer gelegentlichen, harmlosen Bemerkung gab — als er jedoch in das Bereich der Weißen kam, wandten die Leute die Gesichter ab, wenn er vorüberfuhr, weil auf ihnen Mitleid mit Lachlust kämpfte. Dann, als er schließlich seinen alten Standplatz vor der Apotheke erreichte, verdichteten sich seine trüben Ahnungen immer mehr und steigerten sich zu wirklicher Furcht.

(Fortsetzung folgt.)





# Gefälschte Briefe.

## „Das ist nun einmal so in der Politik!“

H. Lt. Die „Münchener Post“ (SPD) hat mit dem Abdruck gefälschter von ehemaligen NS ihr zugeleiteter Schriftstücke einen neuen bösen Hereinfall erlebt.

Erst am 6. April war ihr verantwortlicher Redakteur GRUBER wegen Veröffentlichung einer angeblichen „Schwarzen Liste“ zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Nunmehr stand — am 18. April — die 30jährige Bankbeamtin ELSE HERGT, die der „Münchener Post“ andere gefälschte Schriftstücke überbracht hatte, wegen Betrugs und Urkundenfälschung vor dem Schöffengericht München.

ELSE HERGT war die Braut des ehemaligen Nationalsozialisten Assessor Dr. EDUARD MEYER. MEYER hatte sich einmal bei den NS für die Ueberbringung von Nachrichten 200 Mark „Ausgabenersatz“ verdient. Als er aber seinen NS-Vorgesetzten Rechenschaft liefern sollte über einen fehlenden Posten von 600 Mark, schickte er seine Braut mit NS-Briefen, die er gefälscht hatte, zum Chefredakteur der „Münchener Post“, ERHARD AUER. Die Briefe enthielten Beschwerden über das homosexuelle Treiben des Stabschefs HITLERS: RÖHM.

AUER zahlte für den ersten Brief 800 (achthundert) Mark, für den zweiten 200 (zweihundert) Mark.

(Der Prozeßbericht der „Münchener Post“ erwähnt nur, daß ELSE HERGT von AUER „entschädigt“ wurde!).

Nach einigen Tagen kam ELSE HERGT zur Redaktion der „Münchener Post“ und verlangte die Briefe wieder heraus, da sie im Braunen Haus gesucht würden. Man machte Abschriften und gab ihr die Originale. Mit diesen ging ELSE HERGT nunmehr zu den Nationalsozialisten und bot sie ihnen zum Kauf an; zunächst dem Stabschef RÖHM selber, mit dem

Bemerken, sie habe die Briefe soeben aus dem Büro der „Münchener Post“ entwendet. RÖHM lehnte ab. Die „Münchener Post“ begann mit der Veröffentlichung der Briefe (Juni 1931). Da wandte sich ELSE HERGT an Graf DU MOULIN-ECKART, den Chef des NS-Nachrichtendienstes, und verlangte 1000 Mark für den noch nicht veröffentlichten Teil der Briefe. Die NS aber wurden mißtrauisch und ließen ELSE HERGT und MEYER verhaften.

MEYER hat sich Ende 1931 im Gefängnis erhängt. ELSE HERGT, die wohl in der Hauptsache nur sein Werkzeug war, ist jetzt zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten verurteilt worden. Vier Monate Untersuchungshaft werden angerechnet.

ELSE HERGT äußerte vor Gericht: „Im Kriege sind alle Mittel erlaubt, das ist nun einmal so in der Politik!“

Der „Völkische Beobachter“ schreibt pharisäerhaft: „Moralisch verurteilt ist aber wieder einmal die rote „Münchener Post“, deren anrühige Methoden im Kampf gegen den politischen Gegner auch durch diesen für Herrn AUER höchst blamablen Prozeß als öffentlicher Skandal gebrandmarkt sind.“

Wir meinen, daß es die „anrühigen Methoden“ der NS, insbesondere ihres „Nachrichtendienstes“ (in dem sich MEYER früher betätigte!) sind, die die von ELSE HERGT bekundete Gesinnung erzeugen und MEYER und ELSE HERGT ins Verbrechen getrieben haben.

Der „Münchener Post“ allerdings empfehlen wir, das Geld der Arbeiter zur Führung des Klassenkampfes zu verwenden, statt zum leichtfertigen Ankauf sensationeller Enthüllungen, deren Wert, wie im Falle RÖHM, doch nur sehr zweifelhaft ist.

## Praktische Hilfe für die erwerbslose Jugend?

### Ein Vorschlag Vögelers.

M. H. In der „Gewerkschaft“ Nr. 16 vom 16. April 1932 wird ein Vorschlag des Führers der Schwerindustrie, VÖGELER, zur Hilfe für die erwerbslose Jugend mitgeteilt. Er sagt:

„Sollte man nicht versuchen, den Jugendlichen eine Zeitlang irgend eine grundlegende Arbeitsschulung zu geben, sei es an Schraubstock und Hobelbank, sei es am Schmiedefeuer oder in der Formerei? Was die jungen Menschen dort lernen, werden sie im Leben immer gebrauchen können, ganz gleich, wie später ihr Lauf sein wird. Die Hauptsache ist, daß wir sie von der Straße kriegen, und ich glaube, gerade die Eltern werden uns auf diesem Wege gern helfen. An und für sich sind die Voraussetzungen für eine solche allgemeine Handwerksausbildung gegeben. Tausende und aber Tausende von Werkstätten stehen frei. Millionen von Werkzeugen sind ungenutzt. Es sind auch genügend Fachleute da, die sich als Lehrer in den Dienst der Sache stellen können. Ich denke aber, die Werke werden, wenn man sie richtig vorbereitet, bereit sein, ihre Arbeitstätten für solche Ausbildung zur Verfügung zu stellen, wenn ihnen keine neuen Belastungen zugemutet werden.“

Dieser Vorschlag entspricht den Forderungen der Gewerkschaften, gerade Lehrlingen und solche, die soeben ausgelernt haben, nicht zu entlassen. Daß auch für die jungen Menschen, die keinen Beruf erlernen, in den leerstehenden Werkstätten gute Ausbildungsmöglichkeiten gegeben wären, ist richtig. Was bedeutet aber dieser Vorschlag aus diesem Munde? Wir wissen, daß die Unternehmer kein Mittel scheuen, um sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Auch den „freiwilligen Arbeitsdienst“ möchten sie ja dazu aus-

nutzen. Sie scheuen sich zweifellos auch nicht, derartige Absichten unter dem Mantel fürsorglicher Betreuung der Jugend zu verstecken. Große Vorsicht ist daher angebracht. Die Gewerkschaften können sich nur da für solche Vorschläge einsetzen, wo sie auf die Durchführung der Maßnahmen in den Betrieben hinreichenden Einfluß haben.

### Klassenscheidung im Kloster.

—el. In den Jahren nach dem Kriege haben die katholischen Klöster eine erstaunliche Zunahme erfahren. In den Provinzen Brandenburg, Schlesien und Ostpreußen sind in den Jahren 1910 bis 1925 86 neue Niederlassungen von katholischen Orden entstanden, davon 38 männliche und 48 weibliche!

Ueber die Herkunft der Nonnen und die soziale Schichtung innerhalb der Klostermauern schreibt das „Stuttgarter Neue Tageblatt“ (vom 23. März):

„Die Mehrzahl der Nonnen kommt aus der Landbevölkerung. Alle anderen Berufe und Schichten zusammen stellen etwa die gleiche Zahl Ordensmitglieder. Jedoch kommen aus der einfacheren Bevölkerung die Laienschwestern, aus dem Mittelstand die Nonnen in den aktiven Klöstern und aus reichen und vornehmen Familien die Nonnen der kontemplativen Orden, die in beschaulichem Leben die Frömmigkeit pflegen. In diesen „Beschaulichkeitsklöstern“ — wie etwa „Das Kloster der ewigen Anbetung“ — verrichten die Laienschwestern die Arbeiten, während die Nonnen sich nur ihren geistigen Übungen hingeben und

Handarbeiten für Altäre und geistliche Gewänder anfertigen. Die Nonnen der Beschaulichkeitsklöster dürfen niemals die Klostermauern verlassen — außer zur Stimmabgabe bei den Wahlen.“

Wer also glaubt, hinter den Klostermauern eine Welt sozialer Harmonie zu finden, der befindet sich im Irrtum. Das soziale Ideal des Katholizismus ist eben die „ständische“ Unterordnung, auf deutsch: Die Verehrung und Verbrämung der Klassengegensätze im Namen der Kirchenlehre.

## Mai-Kundgebung

veranstaltet vom Ortsverein Berlin des ISK.  
am Freitag, dem 29. April 1932, um 20 Uhr.  
im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41, Nähe Bf. Börse.

1. Musik.
2. Aufführung: „Und wir haben nichts dagegen getan!“ Von Andersen und Hickerson. (Szenen aus dem Prozeß gegen Sacco und Vanzetti).
3. Musik.
4. Rede: WILLI EICHLER.
5. Gemeinsamer Gesang: „Die Internationale“.

Eintritt: 30 Pf. Erwerbslose: 15 Pf.

## Rundfunksendungen,

### die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 27. April.

Leipzig:

19.05 Prof. K. THALHEIM, P. GUETTLER: Wege zur Schaffung von Arbeit. (Vergl. dazu die Broschüre: „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“. Sonderheft des „ISK“).

Donnerstag, den 28. April.

Königs wusterhausen:

19.00 Minister SCHIELE: Die Agrarpolitik der letzten Jahre.  
Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):  
20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

## Als Ergänzung unserer Artikel-Serie über Sowjet-Rußland

empfehlen wir die Lektüre folgender im „ISK“ veröffentlichten Aufsätze:

HELLMUT RAUSCHENPLAT:

Das Wirtschaftsprogramm des ISK und Sowjet-Rußland.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Die Todesgefahr des Sozialismus in Rußland.

Einige Lehren der russischen Revolution.

Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjet-Union.

Wohin treibt Sowjet-Rußland?

Einzelheft 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pfennig ausschließlich Porto.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

## Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher wertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5.50 RM ab hier. Kanne 1.— RM Pfand.

Frischkost-Beimhaus  
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

## Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel  
Mäntel • Kostüme

!!! Tadelloser Sitz !!!

Schönheit

Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.  
Stoffmuster vorrätig.

## BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN  
Hamburg, Barcastraße 8.

Telefon: 25 93 42

## Sprechapparate

Koffer  Schatullen  Schränke

## Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothhauer  
Weimar, Röhrstraße 40  
Verlangen Sie Angebote!

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wacht Abonnement! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einliefern unsere Inserenten!

## A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29  
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

## Ahasvers

## Wanderung und Wandlung

Ein Märchenroman von Heinrich Nelson.

337 Seiten, M. 1.—

Wer in ein paar Stunden durch die Weltgeschichte wandern will, der greife zu diesem Buch, von dem die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ vom 15. November 1924 sagt:

„In dem vorliegenden Buche wird die alte Legende vom ewigen Juden neu umgestaltet. Mit einem enormen Wissen, ohne irgend welchen Gelehrtenfünkel, schildert der Verfasser verschiedene Momente, in denen seine Phantasie Ahasver eine Rolle spielen läßt. Mehr als literarische Bedeutung hat daher dieses Werk mit seinen scharfsinnigen, originellen historischen Auffassungen, meines Erachtens wissenschaftlichen Wert.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.



# Pressestimmen zu den Wahlen.

## Stimmen der deutschen Parteien zum Wahlergebnis.

### NSDAP.

Wir sind bereit.

Der Fraktionsführer der NSDAP im Preußen-Landtag, der Abgeordnete KUBE, veröffentlicht folgende Stellungnahme zum Ergebnis der Preußenwahlen: „Die NSDAP wurde vom Vertrauen der Massen der Bauern und Arbeiter mit der hohen Aufgabe betraut, den preußischen Staat seiner deutschen Aufgabe wieder zuzuführen. Wir sind bereit, in Preußen die Regierung zu übernehmen und mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, von sozialistischem Gerechtigkeitssinn erfülltes und von kräftigem Geist veredeltes Preußen will. Wir weisen niemanden zurück, der bereit ist, mit uns zusammen an den Aufbau des Staates heranzugehen.“

### DNVP.

Das Vertrauen des neuen Landtags.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion des Preußischen Landtages hat an den Ministerpräsidenten BRAUN folgendes Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Die gestrigen Wahlen haben ergeben, daß die jetzige Regierung im Volke und im künftigen Landtag eine Mehrheit nicht mehr hat und daher das nach Artikel 58 der preußischen Verfassung notwendige Vertrauen des neuen Landtags nicht mehr besitzen wird. Es ist daher widersinnig, daß die Regierung noch im Amte bleibt. ... Namens der deutschnationalen Landtagsfraktion beantrage ich daher die sofortige Auflösung des jetzigen Landtags ... Hochachtungsvoll gez. VON WINTERFELD.“

### Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Das Zünglein an der Waage.

In Kreisen der Zentrumspartei wird mit Befriedigung betont, daß das Zentrum, wie bisher, so auch jetzt im neuen Preußischen Landtag die Schlüsselstellung innehaben werde und damit die Gewähr für einen ordnungs- und verfassungsmäßigen Verlauf der Dinge gegeben sei. Aufgabe der Rechtsgruppen sei es nunmehr, zu erklären, ob sie weiterhin in ihrer bisherigen Opposition verharren, oder ihre negative Opposition aufgeben wollten und voll auf dem Boden der Verfassung zur positiven Mitarbeit bereit seien.

Der Geschäftsführer der Zentrumsfraktion: „... Das Zentrum steht gefestigter denn je. Die Preußenwahl hat weiterhin ergeben, daß die Nationalsozialisten allein nicht die Mehrheit erlangen können. Das Zentrum betrachtet sich als den Garanten der verfassungsmäßigen Ordnung. ... Die Tatsache muß seine politische Haltung entsprechen. In den übrigen kann das Zentrum in Ruhe abwarten, bis zutage tritt, was die großen politischen Gruppen eigentlich wollen.“

In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird hervor- gehoben, daß die Bayerische Volkspartei als die einzige in allen Ländern in der angenehmen Lage sei, zwei Koalitionsmöglichkeiten zu besitzen, nämlich die eine mit den Nationalsozialisten und eine mit der Sozialdemokratie. Die Möglichkeit eines Parteidiktats sei in Bayern ausgeschlossen. — Als ob die BVP nicht ein Parteidiktat ausüben könnte.

Zur Beachtung empfiehlt sich die

### Deutsche Volkspartei.

Landtagsabgeordneter BUCHHORN (DVP): „Ueber die Möglichkeiten einer kommenden Regierung in Preußen möchte ich mich in diesem Augenblick nicht näher aussprechen, obwohl die Erklärung der Nationalsozialisten vom Tage: 'Wir weisen niemanden zurück' sehr viel duldsamer klingt,

als es nach dem Wahlkampf vermutet werden konnte. Ebenso hat sich der Vorstand der preußischen Zentrumspartei in einer Weise zur Zukunft gestellt, die ‚beste Tradition aus vergangenen Tagen‘ verleugnet. Sollte der Vorstand der preußischen Zentrumspartei den Antrag des verstorbenen Abgeordneten HESS vergessen haben, wonach in Preußen alle freiwerdenden Stellen nur mit Katholiken besetzt werden dürfen? Der Geschlagenste (!) des Wahlkampfes ist Herr HUGENBERG. Er hat die Mittelparteien zerschlagen und hat sich zerschlagen. Sie aber waren die Reserven für eine eindeutig nationale Regierung in Preußen. So hat er dem Zentrum zur Schlüsselstellung verholfen.“

### Staatspartei.

Als überzeugter Demokrat.

Landtagsabgeordneter RIEDEL (StP): „Man sollte als überzeugter Demokrat aus dem Wahlergebnis die richtige

## Auslandsstimmen zu den deutschen Wahlen.

England: Die rechtsstehende Presse ist besorgt, daß die Kommunisten im neuen preußischen Landtag das Zünglein an der Waage werden könnten. „Daily Telegraph“ beginnt deshalb, sich für eine Koalition des Zentrums mit den Rechtsparteien zu interessieren, durch die der kommunistische Einfluß ausgeschaltet werden könne.

„Daily Mail“ (konservativ-reaktionär): Die Welt wolle nun bald wissen, ob die Regierung BRAUN bleiben, oder ob HITLER in Preußen regieren werde. Die Herrschaft der Nationalsozialisten würde das Ansehen der Regierung BRÜNING untergraben.

Der sozialdemokratische „Daily Herald“ hofft, daß die Kommunisten die Bildung einer Rechtsregierung verhindern werden und so BRAUN noch etwas an der Regierung halten.

Das faschistische Italien grüßt seinen deutschen Kollegen. „Tevere“: Preußen sei das letzte Bollwerk des Sozialismus gewesen. ... Jetzt sei das Geschwür aufgeschnitten. Der Nationalsozialismus stelle die gesunde Mittelkraft dar. ...

Im polnischen Regierungsorgan „Kurjer Poranny“ Mißtrauen und Erregung: „Die Deutschen werden immer mehr zur Gefahr für den Weltfrieden. ... Die Auflösung der nationalsozialistischen Armee ist nur HITLER zugute gekommen.“

In Genf: Das Ergebnis der deutschen Landtagswahlen, vor allem der Preußenwahlen, beherrscht ausschließlich das Interesse der internationalen Kreise. Man diskutiert insbesondere die außenpolitischen Folgen der Landtagswahlen und die Wirkung, die eine neue Regierungsbildung in Preußen für die Reichsregierung haben könnte.

Tschechoslowakei: Das Blatt des Prager Außenministeriums schreibt: Die Wahlen brachten der Hitler-Partei große Erfolge, aber nicht den überwältigenden Sieg, der ihr die Machtergreifung sichern sollte. Das Zentrum hat sich alle Möglichkeiten vorbehalten. ... Der Nationalsozialismus ist zu einem Ungeheuer angeschwollen, und man sieht jetzt, daß die Wahlen besser ausgefallen wären, wenn sie früher stattgefunden hätten. Heute üben sie auch einen Einfluß auf die Außenpolitik aus. ... Die Stabilität der Innenpolitik ist die einfachste Voraussetzung erfolgreicher Außenpolitik. Vielleicht verschließt sich nicht einmal ADOLF HITLER dieser Tatsache.

Im amerikanischen Kongreß wurde der Ausgang der deutschen Wahlen im Zusammenhang mit den Reparationsfragen eingehend diskutiert. Der Demokrat LINTHICUM erklärte, wenn die Nationalsozialisten an die Macht kämen,

Lehre ziehen und jetzt den Rechtsparteien die Regierung überlassen, auch auf die Gefahr hin, daß dann ein entsprechender Kurswechsel im Reich eintreten müßte. Man würde ja sonst an dieser Notwendigkeit sowieso nicht vorbeikommen, weil die heranwachsende Jugend in zunehmendem Maße nationalsozialistisch wählt.“

### SPD.

Ich glaube nicht daran.

HEILMANN, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Preußischen Landtag:

„Ich glaube nicht daran, daß eine Koalition von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum zustande kommen wird. Die Regierungsbildung wird wesentlich davon beeinflußt sein, ob der neue Landtag die kürzlich vorgenommene Aenderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten wieder rückgängig macht. Sollte sich keine Mehrheit für die abnormale Aenderung der Geschäftsordnung im neuen Landtag finden, dann würde die Regierung BRAUN vorläufig geschäftsführend im Amte bleiben, bis es auf eine oder andere Weise gelingt, eine neue Regierung zu bilden.“

würde dies das Ende aller Reparationszahlungen bedeuten, was er erhoffe. Im übrigen hoffe er aber, daß die Republikaner in Deutschland die Kontrolle behielten. Der Demokrat RAINEY meinte, das deutsche Wahlergebnis bedeute eine ernste Bedrohung für die ganze Welt, so daß Amerika direkt daran interessiert sei.

Die französische Rechtspresse nutzt den Aufschwung der Nationalsozialisten für ihre Wahlpropaganda aus.

Aus der Presse der französischen Mitte und der Linken: „République“: Die Wahl sei sowohl besorgniserregend wie beruhigend. Besorgniserregend, weil die revolutionäre Welle weiter über Deutschland hinwegfegte, beruhigend, weil HITLER nicht über die absolute Mehrheit verfügen werde. — „Quotidien“: Deutschland sei in ein Abenteuer geraten, dessen Ende und Folgen man nicht absehen könne. Man beobachte eine Entwicklung, an der sich weder Frankreich noch Europa desinteressieren könnten. — „Populaire“ (Soz.): Die gestrige Wahl sei für HITLER die letzte Gelegenheit gewesen, sich der Regierungsgewalt wenigstens in Preußen zu bemächtigen. Gestern sei die letzte legale Schlacht ausgekämpft worden, und HITLER habe sie verloren.

Die spanische Linkspresse schreibt den gefährlichen Sieg der deutschen Rechten, der Unfähigkeit und Kurzsichtigkeit der internationalen Politik Frankreichs zu. Das Ergebnis der Wahlen wird als ein Schwarzer Tag für die europäische Demokratie bezeichnet.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Hannover:** Mittwoch, den 27. April, 20.15 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Landtagswahlen und die Bedeutung der Presse in der Politik.

**Freie Aussprache!** **Eintritt frei!**

**Berlin:** Freitag, den 29. April, um 20 Uhr, im „Häckeschen Hof“, Rosenthaler Straße 40 (Nähe Bahnhof Börse): Öffentliche Mai-Kundgebung.

**Hannover:** Maffei am 30. April, 20 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Revue mit Lichtbildern: „Ins Elend hinein ... Aus dem Elend heraus“ Redner: Karl Eckerlin (Kassel). Eintritt: 30 Pfennig, Erwerbslose 20 Pfennig.



(Erschienen in der Bücherflide Gutenberg)

(1. Fortsetzung.)  
Er bereicherte sich nie an seinen Leuten. Er hat mehr Vieh als die übrigen, hat mehr Mais, mehr Bohnen und hat ein wenig mehr Geld. Ein wenig mehr. Nicht viel. Denn es leben viel zu viel Familien auf der Hacienda. Die Familien vermehren sich. Sie vermehren sich reichlich. Und alle jungen Paare, die eine neue Familie gründen, wollen in ihrer Heimat bleiben, also auf der Hacienda. Und für alle muß Land und Rat geschafft werden. Und wird geschafft. Der Patron muß ja ein wenig mehr haben, als die übrigen, denn er hat zwanzigmal mehr Verpflichtungen als alle übrigen.  
Wo der Patron ein Mexikaner nicht-indianischen Blutes, oder wo er gar ein Spanier oder, schlimmer vielleicht, gar ein Deutscher ist, liegen die Dinge völlig anders. Da gibt es Herren und Knechte; denn da muß Geld verdient, da muß die Hacienda ertragreich gemacht werden, damit sie mit tausend Prozenten Gewinn verkauft werden kann an einen, der abermals tausend Prozent an ihr gewinnen will. Da gibt es auch keine Compadres und keine Comadres.  
Die Condor Co. mußte in den Besitz der Rosa Blanca gelangen, auch wenn sie darum einen Krieg der Staaten mit Mexiko hätte heraufbeschwören müssen.  
Es wurde dem Senor Hacinto Yanez eine Lease, eine Vorpacht, angeboten, mit fünf Dollar das Hektar jährlich für zwanzig Jahre und acht Prozent Beteiligung am Gewinn.  
Hacinto aber sagte zu dem Agenten: „Das kann ich nicht. Ich kann die Hacienda nicht verpachten. Ich habe kein Recht dazu. Mein Vater hat sie auch nicht verpachtet. Auch nicht mein Abuelo, mein Großvater. Auch nicht dessen Vater. Ich muß sie behalten für die, die nach mir kommen werden. Die

wollen auch essen. Und die müssen sie behalten für jene, die wieder nach ihnen kommen werden. So war es immer. Ich habe ja die Orangenbäume und die Nußbäume auch von meinem Vater bekommen. Hätte der keine gepflanzt, dann würde ich keine Orangen und keine Zitronen und keine Nüsse haben. Darum muß ich wieder junge Bäume pflanzen, damit auch die, die nach mir leben wollen, Orangen und Zitronen und Nüsse haben. Das ist nun eben so mit der Hacienda. Das können Sie doch verstehen, Senor Pallares?“

Senor Pallares, der Agent, der Aufkäufer für die Condor Co., konnte das natürlich nicht verstehen, weil er nie Land besessen und weil sein Vater nie Land gehabt hatte. Er war nur Licenciado, ein Rechtsanwalt, wie sein Vater es auch gewesen war.

Er kam zur Company und sagte dort, daß Hacinto verrückt sei.

Darauf sagte der Direktor, wenn Hacinto verrückt sei, dann könnte man ihn ja in ein Irrenhaus schicken.

Hacinto wäre nicht der erste gewesen, der ins Irrenhaus geschickt wurde und dort verkam und starb, weil eine Oil-Company seinen Besitz auf keine andere Weise bekommen konnte. Dutzende waren ins Irrenhaus geschickt worden. Denn irre ist jeder, der es abschlägt, einen Kaufpreis für ein Stück Land anzunehmen, der tausendmal höher ist als der Kaufpreis für das Land war, ehe Oel in der Nähe gefunden wurde.

Es kam ein anderer Agent. Wieder ein Mexikaner. Und wieder ein Licenciado. Senor Perez.

Er kam mit dem großen Geldsack, brachte das blinkende Gold gleich mit. Nicht alles. Aber doch einen großen Teil. Er hoffte, daß der Anblick des schönen gemünzten Goldes Hacinto nachgiebig machen würde. Licenciado Perez bot keine Lease an. Er wollte die Hacienda kaufen. Das gab mehr Gold und war darum eine größere Versuchung.

„Aber ich kann doch die Hacienda nicht verkaufen, Senor Licenciado“, sagte Hacinto in seiner ruhigen stoischen Weise. Zeit war für ihn kein bestimmter Begriff, darum ließ er sich auch beim Sprechen nicht zur Eile drängen. „Ich kann die Hacienda wirklich nicht verkaufen. Sie gehört doch gar nicht mir.“

„Wie?“ fragte Senor Perez. „Gehört nicht Ihnen? Das ist ja neu. Steht doch in den Registern als Ihr Eigentum.“

Hacinto lachte: „Natürlich gehört sie mir, die Rosa Blanca. Wie sie einstmal meinem Vater gehört hat. Aber sie gehört auch meinem Vater nicht mehr. Ich meine, die Hacienda gehört mir nicht so, daß ich damit machen kann, was ich will. Sie gehört doch auch denen, die nach mir leben wollen. Für die bin ich verantwortlich. Ich bin nur der Verwalter für die, die später leben wollen und später leben werden. Wie mein Vater nur der Verwalter war und dessen Vater und dessen Vater und so immer weiter zurück und so immer weiter voran.“

„Das ist ja Unsinn, Senor Yanez. Lassen Sie nur die andren für sich sorgen. Sie können ja ihren Kindern das Geld geben oder hinterlassen. Die können Doktor werden in Mexiko oder Licenciado, oder sie können sich einen schönen Laden kaufen, wo sie tüchtig verdienen können, und sie können sich Automobile kaufen.“

„Aber sie haben doch kein Land“, sagte Hacinto eigen- sinnig. „Sie müssen doch essen, Wie wollen sie denn essen, wenn sie keinen Mais bauen.“

„Seien Sie doch nicht so stumpfsinnig“, sagte Senor Perez. „Ihre Nachkommen können sich doch den Mais für Ihre Tortillas kaufen, sie haben dann doch Geld genug.“

„Aber Mais muß doch angebau werden. Es muß doch jemand Mais pflanzen. Dazu braucht man doch Land. Ein Automobil ist ja vielleicht ganz schön, aber es ist doch kein Mais. Und Fleisch ist auch nicht da. Und auch keine Bohnen und kein Chile.“

Senor Perez gab es auf, in dieser Weise mit dem blöden Indianer weiter zu verhandeln. Er griff von einer neuen Seite an.

„Sie werden doch einmal alt, nicht wahr?“

„Nein“, antwortete Hacinto. „Ich werde nicht alt. Wenn ich alt werde, dann bin ich tot. Dann sterbe ich. Alt werde ich nicht. Mein Vater ist auch nicht alt geworden. Er war gleich tot, als er glaubte, nicht mehr arbeiten zu können. Er war nicht alt. Er hat bis zum letzten Tage gearbeitet. Und ich kann das Land nicht verkaufen, weil die, die nachkommen, auch Land haben müssen.“ (Fortsetzung folgt.)

# Wie die Krise auf den Rohstoffmärkten verschärft wird.

Je schärfer sich die Wirtschaftskrise auf den Rohstoffmärkten in den Agrarländern bemerkbar macht, und je stärker die übrigen Länder unter den Rückwirkungen dieser Krise zu leiden haben, desto mehr Versuche werden unternommen zur Bekämpfung dieser Krise. Die Versuche gehen entweder von den Rohstoffherzeugern selber oder von den Regierungen ihrer Länder oder aber von den Ländern aus, die in den betreffenden Rohstoffländern finanzielle Interessen haben. Die Pläne zur Bekämpfung der Rohstoffkrise unterscheiden sich, je nachdem, wer sie vorgeschlagen hat. Eines haben sie aber alle gemeinsam: sie versuchen, die Preise hochzuhalten, die Farmer für den ihnen entstehenden Verlust zu subventionieren, die Produktion einzudämmen oder auf andere Art eine Ueberschwemmung des Marktes mit Rohstoffen zu verhindern. Aber keiner dieser Pläne geht weiter. Bisher sind keine Vorschläge gemacht worden, die die Bekämpfung der Ursachen der Rohstoffkrise ins Auge fassen. Diese Ursachen sind nicht zum geringsten Teil die Kartelle, die die Preise gestützt und dadurch zu überreicherlicher Produktion ermutigt haben. Um die Krise zu bekämpfen, gibt man sich nun redliche Mühe, wenn auch oft ohne Erfolg, neue Kartelle zu errichten oder andere Maßnahmen zu ergreifen, die alle darauf hinauslaufen, eine mehr als vorübergehende Erleichterung der Krisenlage zu verhindern.

## Zuviel Kaffee.

Ueber zehn Jahre lang sind die Kaffeepreise in Brasilien künstlich hochgehalten worden. Da das anscheinend als Ermutigung der Farmer zur Vergrößerung der Anbauflächen noch nicht hinreichte, wurden ihnen auch Kredite zu günstigen Bedingungen in reichem Maße gewährt.

Als sich die Ueberproduktion im Sommer 1931 in ihrem vollen Maße bemerkbar machte, griff die brasilianische Regierung ein und — kaufte am 1. Juli 1931 die gesamten sich in Sao Paulo befindlichen Kaffeevorräte auf. Dann wurde der Versuch unternommen, eine Steuer auf Kaffeepflanzungen zu erheben. Der Versuch scheiterte. Daraufhin wurde eine Steuer auf die Ausfuhr von Kaffee eingeführt, deren Erlös dazu verwandt wird, Vorräte von Kaffee aufzukaufen und zu zerstören. Wir haben des öfteren über diese Methoden der „Verwertung“ von Kaffee berichtet; der zum Heizen von Eisenbahnen und Elektrizitätswerken und zum Zuschütten des Meeres verwandt wird.

Diese Maßnahmen haben den Erfolg gehabt, daß die Preise nicht weiter sinken. Man rechnet also damit, daß sie sich das ganze Jahr hindurch halten werden. Infolgedessen ist mit einer bedeutenden Verringerung der Ernte für dieses Jahr nicht zu rechnen und daher auch nicht mit einer Ueberwindung der Krise.

## Zuviel Zucker.

Die Verhandlungen über eine internationale Regelung der Zuckerproduktion, die schon seit längerer Zeit in Paris stattfinden, haben jetzt zu einem Ergebnis geführt. Der CHABOURNE-Plan, der für die beteiligten Länder Ausfuhrkontingente (beschränkte Ausfuhrmengen) festlegt, soll durch einen Plan ersetzt werden, nach dem die Produktion der verschiedenen Länder begrenzt wird.

Die Produktion in Kuba wurde auf 2,5 Millionen Tonnen jährlich festgesetzt, die Produktion von Java auf 1,5 Millionen Tonnen und die der europäischen Gruppe, bestehend aus Deutschland, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Belgien und der Tschechoslowakei, auf 1,8 Millionen Tonnen jährlich. Für Kuba bedeutet die Beteiligung an dem neuen Plan eine Verminderung seiner Produktion auf die Hälfte der Produktion der Jahre 1928/29.

Auf Grund der bisherigen Erfahrung mit dieser Art von Abkommen ist kaum damit zu rechnen, daß dieses Zuckerabkommen eine lange Lebensdauer haben wird.

## Zuviel Kautschuk.

1931 betrug die Produktion 797 000 Tonnen, verbraucht wurden 671 000 Tonnen; der Ueberschuß beträgt also 126 000 Tonnen. Die Kautschukvorräte von Ende 1931 werden jetzt auf etwa 645 000 Tonnen geschätzt. Wenn der Produktionsüberschuß im Jahre 1932 so groß wird wie im Vorjahr, so werden die Vorräte Ende 1932 die Höhe der Kautschukproduktion eines Jahres erreicht haben.

Die Verhandlungen, die stattgefunden haben, um ein Pflaster zur zeitweiligen Linderung der Krise auf dem Kautschukmarkt ausfindig zu machen, sind ergebnislos verlaufen. Me.

## Was sagt man in Brasilien zum Kaffeeüberfluß?

Wir entnehmen der brasilianischen Zeitschrift „Die Wirtschaft“, Porto Alegre, auszugsweise die folgenden lehrreichen Aeußerungen des Kaffeeschachverständigen CLOVIS SOARES DE CAMARGO:

Jedes wirtschaftliche Problem ist kompliziert. Das Kaffeeproblem ist fraglos eines der kompliziertesten. Die Leiter der Geschicke des Landes verkannten die Gefahren, die die Kaffeezurückhaltung in sich birgt. Sie forcierten die Preise auf Kosten der Zukunft der Landwirtschaft. (Vergleiche dazu auch Nr. 16 und 85 des „Funken“.)

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Anhäufung enormer Mengen in den Zurückhaltungslagern, die sich von Jahr zu Jahr infolge der Steigerung der Produktion vergrößerten, die Lage immer kritischer gestaltete. Alle Pläne (Vernichtung des lagernden Kaffees, Verarbeitung zu Briketts u. s. w. K. H.) sind auf die Erreichung des einen Zweckes gerichtet: Produktion und Verbrauch des brasilianischen Kaffees ins Gleichgewicht zu bringen; davon erwartet man die Rettung der Mehrzahl der Pflanzler.

Das Jahresmittel der Weltkaffeeproduktion belief sich in den vergangenen drei Jahren auf 30 240 000 Sack, der Weltverbrauch auf zirka 24 000 000 Sack. Somit überstieg die Produktion den Verbrauch im Durchschnitt um jährlich 6 Millionen Sack. Unter diesen Umständen ist es kaum denkbar, daß die Vernichtung des angehäuften Kaffees das wirtschaftliche Gleichgewicht im Kaffeebau herstellen wird. Der Ueberfluß an Kaffee in der Welt ist (abgesehen von der mangelnden Kaufkraft der Arbeitermassen in Europa und den anderen Erdteilen K. H.) nicht verursacht durch die Zurückhaltung in S. Paulo, sondern durch die Pflanzung vieler Millionen Kaffeesträucher in der Welt.

Seit 1928 hat man die Pflanzungen in phantastischer Weise vermehrt. Die Vermehrung beläuft sich in Brasilien: in S. Paulo auf 128 Prozent, in Rio de Janeiro auf 80 Prozent, in Espírito Santo auf 35 Prozent, in Minas auf 20 Prozent, in Goyaz auf 79 Prozent und in Parana auf 89 Prozent. In den anderen Produktionsländern wurden die Pflanzungen auch vermehrt, wozu die brasilianische Zurückhaltungspolitik den Anlaß gab.

Das Mißverhältnis zwischen der Produktion anderer Kulturen und ihrem Verbrauch läßt sich verhältnismäßig leicht korrigieren, so beispielsweise das von Baumwolle, Mais, Weizen u. s. w., indem einfach die Kulturen eingeschränkt werden, nicht so aber das zwischen Kaffee-Erzeugung und -Verbrauch. Der Kaffeestrauch ist eine perennierende (mehrere Jahre ausdauernde) Pflanze, die zu kultivieren, zum Ertrag zu bringen und ertragreich zu unterhalten große Kapitalien erfordert. Die Kultur kann nicht eingeschränkt werden, ohne Gefahr zu laufen, diese Kapitalien zu gefährden.

Die Maßnahmen, die zur Besserung der Lage zu treffen sind, müssen bestehen in der Verminderung der Produktion,

der Propaganda zur Vergrößerung des Verbrauchs, der qualitativen Verbesserung des Produktes, der Durchführung einer gesunden Preispolitik (statt einer solchen, die den Preis künstlich hochhält und dadurch zu einer dauernden Ausdehnung der Pflanzungen anregt. K. H.) . . . dem intensiveren Studium der Weltmarktlage, der Produktionsfähigkeit der Konkurrenz, der sozialen Lage in bezug auf die Verbrauchsfähigkeit der Masse u. s. w.

Wir müssen an die Lösung des Problems mutig herantreten. Die natürliche Auswahl wird zu einer Produktionskorrektur führen. Es wird eine Auswahl der Pflanzler eintreten, nicht auf Grund der Größe der Pflanzungen, sondern auf Grund der physischen und geistigen Fähigkeiten der Pflanzler, ihrer Fachkenntnisse und ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Wir sind genötigt, keine überflüssigen privaten und öffentlichen Ausgaben zu machen. Es ist nötig, daß wir uns befehligen, Polykultur zu treiben (das heißt: in den Pflanzungen verschiedenerlei Produkte anzupflanzen und nicht nur ein einziges Produkt, wie zum Beispiel Kaffee, während man alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse selbst für den eigenen Unterhalt kaufen muß. K. H.). Es ist nötig, der Viehzucht und Viehwirtschaft mehr Aufmerksamkeit zu widmen, und es zu ermöglichen, daß wir nicht alljährlich 300 000 Contos (7 Millionen Mark) für den Bezug von Lebensmitteln, Bohnen, Mais, Kartoffeln, Weizen und Weizenmehl, Speiseöl, Wein u. s. w. dem Ausland als Tribut zollen müssen. Leben wir wie Arme, die wir geworden sind, weil der Kaffee nicht mehr für die Befriedigung aller unserer Bedürfnisse vorhält!

Zu diesen Ausführungen CAMARGOS schrieb die „Deutsche Zeitung“ in S. Paulo, der „Die Wirtschaft“ den Aufsatz entnimmt, daß es nur einen Weg gibt, um das Gespenst der Kaffeeüberproduktion zu überwinden: Die alten Pflanzungen, deren Ertrag die Betriebskosten nicht mehr deckt, müssen aufgegeben, parzelliert und in landwirtschaftliche Kleinbetriebe unter der Bedingung umgewandelt werden, daß auf jeder Parzelle nicht mehr Kaffeesträucher stehenbleiben, als für den eigenen Bedarf der Parzellentinhaber und ihrer Angehörigen erforderlich sind. — Ob es richtig ist, den Parzellenbauern eine solche Verpflichtung aufzuerlegen, lassen wir dahingestellt. Vielleicht wäre es richtiger, davon abzusehen und es der freien Konkurrenz zwischen den übrigbleibenden großbetrieblichen Kaffeepflanzungen und den kleinbetrieblichen Parzellenbauern, die ja nicht nur Kaffee pflanzen, zu überlassen, die notwendige Einschränkung in der Kaffeeproduktion herbeizuführen. Außerordentlich interessant ist aber für uns die Erkenntnis, daß auch in Brasilien die Ansicht vertreten wird, die Agrarkrise könne nur dadurch überwunden werden, daß die künstlichen Methoden der Preishochhaltung aufgegeben werden und daß die großbetriebliche Wirtschaft der Großgrundbesitzer ersetzt wird durch eine mittelbäuerliche Wirtschaft. Es fragt sich nun, wann und wie weit in Brasilien mit der praktischen Verwirklichung der hier geschilderten Gedankengänge Ernst gemacht wird. K. H.

## Bleibe im Lande . . .

Nach einer Mitteilung des „Evening Standard“ hat das Handelsministerium in London ein gemeinsames Schreiben an französische Industrielle versandt, um sie vor der Eröffnung französischer Fabriken in England zu warnen.

Die Warnung wird damit begründet, daß zum Beispiel Parfüms nur dann ihre richtige Qualität behalten, wenn sie in französischer Atmosphäre erzeugt werden. Wenn die Waren in England hergestellt werden, würden sie bald ihre Qualität und ihren Weltruf verlieren. Ferner wird den französischen Fabrikanten mitgeteilt, daß die englischen Arbeiter den französischen unterlegen seien, und daß ein Stamm von französischen Arbeitern und Fachleuten sich nicht dauernd in England halten werde. Es sei gefährlich, die Fabriken, die von französischen Kapitalisten gegründet seien, in englische Hände zu legen. — Die Behauptungen, daß die industriellen Verhältnisse in England vor einem Aufschwung ständen, seien Propaganda der englischen Presse.

# WIRTSCHAFTSWISSEN.

## Banknoten.

Wie kommen Banknoten in den Verkehr? Wir können anknüpfen an das im vorigen „Baustein“ „Was ist ein Wechsel?“ in Nr. 91 Gesagte. Heute ist es so, daß in Deutschland der überwiegende Teil der Banknoten dadurch in den Verkehr kommt, daß Unternehmer an die Reichsbank Wechsel verkaufen, daß sie Wechsel bei der Reichsbank „diskontieren“. — Durch Veränderung des Diskontsatzes hat die Reichsbank es daher in gewissem Maße in der Hand, den Zahlungsmittelumsatz zu verkleinern oder zu vergrößern. Durch Erhöhung des Diskontsatzes schreckt sie manche davon ab, den Kredit der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, durch Ermäßigung des Diskontsatzes reizt sie dagegen dazu an.

Außer durch das Wechseldiskont-Geschäft kommen Banknoten in Verkehr dadurch, daß die Reichsbank Gold und Devisen ankauft. Die Reichsbank kauft Gold stets zu einem festen Preis von 2784 Mark für das Kilo. (Wenn die deutsche Währung heute wirklich noch eine Goldwährung wäre, so bestünde für die Reichsbank die Verpflichtung, ihre Noten in Gold einzuwechseln.) Die Reichsbank kauft Devisen (Banknoten, Wechsel und Schecks in fremden Währungen) zu Kursen, die täglich bekanntgegeben werden.

Ferner kann man Noten von der Reichsbank erhalten dadurch, daß man bei ihr gewisse Wertpapiere verpfändet (lombardiert) oder Reichsschatzwechsel an sie verkauft (Wechsel, die das Reich ausgegeben hat, um sich kurzfristige Kredite zu verschaffen). In der Tabelle, die unseren wöchentlichen Berichten über die Reichsbank beigelegt ist, werden die eben genannten Posten einzeln aufgeführt: Gold, Devisen, Reichsschatzwechsel, Lombardforderungen, Wechsel und Schecks.

Es ist nun nicht so, daß die Reichsbank für alle diese Posten Noten ausgegeben hat. Denn viele Unternehmungen benötigen kein Bargeld oder brauchen es doch nicht sofort und lassen sich den Gegenwert der an die Reichsbank ver-

kauften Devisen, Wechsel u. s. w. auf „Girokonto“ gutschreiben. So heißen die Konten, die die Reichsbank ihren Kunden eröffnet für Einlagen. Für Guthaben auf diesen Konten werden von der Reichsbank keine Zinsen gezahlt. Und doch unterhalten fast alle großen Unternehmungen solche Konten, weil sich daraus gewisse Bequemlichkeiten für die Ueberweisung von Zahlungen ergeben. — Am 15. April waren insgesamt 4 Milliarden Mark Reichsbanknoten im Umlauf und 384 Millionen Mark auf Girokonten gutgeschrieben.

Außer Reichsbanknoten sind in Deutschland Noten von vier sogenannten „Privat-Notenbanken“ in Umlauf. Die Bayerische Notenbank und die Sächsische Bank haben das Recht, je 70 Millionen Mark Noten auszugeben; die Württembergische Bank und die Badische Bank haben das Recht, je 127 Millionen Mark Noten auszugeben. Eine große Bedeutung kommt diesen Notenbanken nicht zu.

Außer den genannten Banknoten sind in Deutschland — abgesehen von den Rentenbankscheinen, auf die hier nicht eingegangen werden soll — noch Silber-, Nickel-, Bronze- und Kupfermünzen in Umlauf. Davon verdienen die Silbermünzen zur Zeit ein besonderes Interesse.

## Silbermünzen.

Auf Grund einer Verordnung von Mitte Juli vorigen Jahres dürfen in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 30 Mark Scheidemünzen ausgegeben werden; das sind 50 Prozent mehr als vor dieser Verordnung.

Die Münzen werden vom Reich — nicht etwa von der Reichsbank, sondern nur durch deren Vermittlung — in den Verkehr gebracht und unterliegen nicht der Deckungspflicht wie die Noten. Das Reich verdient an jedem Fünfmarkstück etwa 4,50 Mark; denn der Herstellungswert dieser Münze beträgt nur 50 bis 60 Pfennig. (In einem Fünfmarkstück sind 12,5 Gramm Silber enthalten; ein Gramm Silber kostet rund 4 Pfennig. Der Silberwert beträgt also rund 50 Pfennig. Dazu kommen noch Prägekosten u. s. w.) Im Februar dieses Jahres betrug der Münzgewinn zum Beispiel 69 Millionen Mark.

Bei der schlechten Lage der Reichsfinanzen ist das Interesse des Reichs, durch Ausgabe von Münzen möglichst hohe Gewinne zu machen, verständlich. Es ist aber nicht zu billigen, daß dieses Interesse sich so stark geltend macht, wie das zur Zeit der Fall ist. Ohne Beachtung der gesetzlichen Höchstgrenze — man braucht Zahlungen nur bis zu 80 Mark

in Silbergeld anzunehmen — werden Zahlungen in Silber vorgenommen: Der Staat zahlt Beamtengehälter zu mehr als 80 Mark in Silber; die Post drängt der Bevölkerung zum Beispiel bei der Auszahlung von Postanweisungen ebenfalls mehr Silber auf, als diese anzunehmen brauchte.

Durch die Scheidemünzenausgabe erfolgt eine Aufblähung des Zahlungsmittelumsatzes: Mitte Juli vorigen Jahres waren 1150 Millionen Mark Scheidemünzen ausgeprägt; davon befanden sich 1 Milliarde im Umlauf. Bis Ende März dieses Jahres sind weitere 420 Millionen Mark geprägt und fast völlig in den Verkehr geprägt worden. Die gesetzlich festgesetzte Höchstgrenze für umlaufende Scheidemünzen ist aber noch keineswegs erreicht. Insgesamt dürfen 1935 Millionen Mark Scheidemünzen im Verkehr sein; das Reich darf also noch rund eine halbe Milliarde ausgeben.

Auf die Gefahr, die gerade unter den gegenwärtigen Umständen in einer Ausdehnung des Zahlungsmittelumsatzes liegt, haben wir im „Funken“ schon oft hingewiesen. Die Arbeiterorganisationen haben allen Grund, sich gegen die Beschneidung der Massenkaukraft, die hier in verschleiierter Form angebahnt wird, zu wehren. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob durch die Aufblähung des Zahlungsmittelumsatzes Preise gesteigert werden oder nur das Sinken von Preisen verhindert wird. Denn zur Ueberwindung der Krise kommt es ja bekanntlich darauf an, daß die Massenkaukraft steigt und eben das wird unter anderen durch die Steigerung des Silbermünzenumsatzes oder entsprechende Verringerung der übrigen umlaufenden Zahlungsmittelmenge verhindert.

Die Reichsbank hilft, den Markt für Silbermünzen aufnahmefähig zu machen. Die Behördenkassen sind angewiesen, alle bei ihnen einlaufenden Zehnmarkscheine an die Reichsbank abzuliefern; diese gibt sie nicht wieder aus. Eine willkommene Gelegenheit für die Reichsbank, durch Verringerung des Notenumsatzes den Deckungsprozentsatz zu erhöhen! Dieses Manöver ist natürlich nur ein Bluff; denn für die eingezogenen Noten laufen nun ungedeckte Silbermünzen um. Die Noten waren wenigstens, soweit sie nicht durch Gold oder Golddevisen gedeckt waren, durch Wechsel gedeckt, wenn auch zum Teil durch faule Wechsel; die Silbermünzen aber sind durch nichts gedeckt. Ihr eigener Wert ist, wie gesagt, sehr gering, viel geringer als man gemeinhin annimmt. War doch sogar in privaten Falschgeldstücken oft mehr Silber enthalten als in den staatlichen Münzen! Bey.